

# Spartipps bekommen die Note „mangelhaft“

## Schulleiter sehen bei einer Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofs den Ergänzungsbereich gefährdet

Von Dirk Thannheimer  
und Rudi Multer

BAD SAULGAU - Der baden-württembergische Rechnungshof hat der grün-roten Landesregierung empfohlen, aufgrund rückläufiger Schülerzahlen bis 2020 etwas mehr als 14 000 Lehrerstellen zu streichen (die SZ berichtete). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert, die Kassenprüfer hätten „keine Ahnung“ vom Alltag an den Schulen. Ein Personalabbau beschränke die Unterrichtsversorgung in allen Bereichen. Auch wenn noch längst keine Entscheidung gefallen ist, müssen sich die Schulleiter mit der Problematik auseinandersetzen.

Stefan Oßwald, Schulleiter des Ströck-Gymnasiums, rechnet vor. „Für alle Gymnasien des Regierungspräsidiums Tübingen werden im nächsten Schuljahr 23 Lehrer eingestellt. Unser Gymnasium bekommt

einen Lehrer. 49 andere Gymnasiallehrer werden in anderen Schulformen eingesetzt.“ Insgesamt beginnen zwei neue Lehrer am Störck-Gymnasium, vier Lehrer verlassen die Schule. „Die Daumenschrauben sind enger gedreht, es wird mit Krankheitsvertretungen schwierig werden“, ergänzt Oßwald. Seine logische Folgerung: „Wir müssen die Krankheitsvertretungen mit eigenen Bordmitteln meistern. Oberste Priorität hat der Pflichtunterricht, Arbeitsgemeinschaften wie Chöre werden darunter leiden.“ Das sei schade, denn die Arbeitsgemeinschaften seien überaus wichtig am Störck-Gymnasium. Dazu kommt: In den vergangenen Jahren hätte das Kollegium etliche Überstunden gemacht. „Wenn ich das auf die vergangenen Jahre hochrechne, komme ich auf eine halbe Million Euro - nur am Störck-Gymnasium. Das Land mache Schulen auf Kosten der Lehrer.“ Was Oß-

wald am wenigsten versteht: „Es wird ständig darüber geredet, wie wichtig Bildung sei. Und dann wird andererseits über den Stellenabbau diskutiert. Das passt nicht zusammen.“ Für das kommende Schuljahr hofft er dennoch auf eine Entlastung, weil ein Jahrgang wegfällt. In Deutsch und Geschichte gibt es für 2012/2013 einen leichten Überhang. Mängelfächer seien nach wie vor die naturwissenschaftlichen Fächer.

Für Ursula Bisinger, Schulleiterin der Realschule, „ist die Lehrerversorgung noch in Ordnung.“ Sie könnte aber durchaus besser sein. Auch sie befürchtet ähnlich wie Oßwald, dass der Ergänzungsunterricht im künstlerischen Bereich gestrichen werden könnte. „Dabei ist es unsere Aufgabe, die Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern.“ Man müsse in der Lage sein, kleine Gruppen zu bilden, um auf Schüler besser eingehen zu können. Dazu brauche man Leh-

rer. Keine Sorgen macht sich Schulleiterin Elisabeth Gruber von der Berta-Hummel-Schule nach der Veröffentlichung des Bericht des Rechnungshofes. „Wir sind zu 100 Prozent versorgt.“

Im neuen Schuljahr gebe es an der größten Grundschule in der Stadt eine Klasse mehr. Auch für diese Vergrößerung, so Gruber, habe sie bei der Lehrerversorgung „keine Bedenken“. Nur falls die Vorschläge des Rechnungshofes von der Politik teilweise übernommen würden, könnte sich die Schulleiterin Einschränkungen im Ergänzungsbereich vorstellen. Das sind zusätzliche Angebote, etwa für Kinder mit Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS), bei Dyskalkulie, Rechenschwäche, oder bei Angeboten für die Ganztagsbetreuung. Allerdings seien die Ganztagsangebote an der Berta-Hummel-Schule gesichert. Die Vorschläge des Rechnungshofes aus rein finanztechni-

scher Sicht sei das eine; was pädagogisch sinnvoll und politisch gewollt sei, das andere, ist die Meinung von Bernhard Weh, Leiter der Werkrealschule Brechenmacher-Schule. Beim Verhältnis von Bildungsausgaben zur gesamtwirtschaftlichen Leistung hänge die Bundesrepublik nur im Mittelfeld. „Für eine reiche Industrienation ist das beschämend“, macht der Schulleiter deutlich. Die Lehrerversorgung an der eigenen Schule sei derzeit in Ordnung. „Wir waren in der Vergangenheit ausreichend und gut versorgt“, sagt der Schulleiter. Falls es doch zu Stellenstreichungen kommen würde, seien wohl die Ergänzungsbereiche mit Arbeitsgruppen wie Chor oder Gruppen für Kinder mit LRS betroffen. Aktuell könne sich die Lehrerversorgung dadurch ändern, dass die Politik neue Schulformen besser ausstatte als die bestehenden, zum Beispiel die neuen Gemeinschaftsschulen.